

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XM/163

Bonn, den 29. August 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Minderung des Ansehens der Bundesrepublik in der Welt</u>	60

Was man "draußen" über die Bundesregierung denkt

Von Helmut Schmidt, MdB

Stellvertreter, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

3	<u>Sieber Tage...</u>	2
---	-----------------------	---

... und trotzdem "volles Vertrauen" für Herrn von Haseol

3	<u>Inner noch nicht begriffen</u>	27
---	-----------------------------------	----

Erhard sitzt auf einem angesägten Ast

4	<u>DE GAULLES AFRO-ASIATISCHE OPERATION</u>	43
---	---	----

Politisches "Rentrée" in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 5	<u>Wiederschen mit Rumänien (III und Schluß)</u>	95
-------	--	----

Ein Land im Aufbruch

Von Ludwig Notzger, MdB

ANLAGE

1 - 2	<u>Die Bundeshaushalts-Lotterie</u>	75
-------	-------------------------------------	----

Zum Bundeshaushalt 1967

+ + +

Minderung des Ansehens der Bundesrepublik in der Welt

Was man "draußen" über die Bundesregierung denkt

Von Helmut Schmidt, MdB,

Stellvertr. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Verteidigungsminister und Bundeskanzler haben versucht, den Eindruck zu erwecken, daß durch die "schnelle" Ernennung von Nachfolgern der zurückgetretenen Generale die Führungskrise in der Bundesregierung ihr Ende gefunden habe. Keine Auffassung dazu ist bekannt. Ich habe wiederholt erklärt, daß Herr von Hassel zwar guter Willens, aber nicht fähig ist, die komplexe Materie der Leitung eines Riesenunternehmens wie der Bundeswehr mit ihren administrativen, politischen und psychologischen Problemen zu meistern.

Man mag sich jedoch für voreingenommen halten. Darum möchte ich ausnahmsweise fremde Gedanken der letzten Woche wiederholen, und zwar aus Federn, denen man nicht vorwerfen kann, sozialdemokratisch gefärbt zu sein.

In der letzten Woche konnte ich lesen:

- \* "In Bonn gewinnt die Auffassung an Boden, daß nur durch einen
- \* Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums Remedur ge-
- \* schaffen werden könne."

Das sagte der Bonner Korrespondent der NEUE ZÜRCHER ZEITUNG. Ich kann ihm nur zustimmen. Auch neue ernannte militärische Führungsspitzen können das Vertrauenskapital, das diese einzelnen Personen in der Truppe besitzen, nicht zur Lösung der anstehenden Probleme benutzen, solange als Minister ein Mann ohne ausreichende Urteilsfähigkeit und Entschlußkraft auf der Hardt-Höhe die Leitung innehat.

Doch die Bedeutung dieser Affäre geht weiter, wie wir uns in LE MONDE sagen lassen müssen:

- \* "Aber diese Affäre ist nur e i n e r der Aspekte einer Kri-
- \* se, die nicht nur die Autorität der Bundesregierung und ihres
- \* Chefs in Frage stellt, sondern ohne Zweifel auch die Vorstel-

- \* lung, die sich die dritte Wirtschaftsmacht der Welt von ihrer
- \* politischen und militärischen Zukunft machen kann."

Wenn eine der angesehensten Zeitungen der Welt solche Worte für die politische Führung der Bundesrepublik findet, können wir Sozialdemokraten wohl mit Recht von einer "Kinderung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland" sprechen, wie es Willy Brandt nannte.

Die Schlußfolgerung zieht für uns der christlich-demokratische RHEINISCHER MERKUR:

- \* "Daß Ludwig Erhard weif ist für die Ablösung, ist e i n e
- \* Sache; daß niemand sich zu dieser Ablösung drängt, wenn der
- \* Nachfolger fürchten muß, durch den negativen Teil der Hinter-
- \* lassenschaft eher belastet als gerechtfertigt zu werden, ist
- \* eine andere Sache.

Die Wähler werden in den Zwischenbilanzen der nächsten Landtagswahlen in Hessen und Bayern ihre Meinung sagen können. Es ist nur zu befürchten, daß v o r der Ablösung des amtierenden Kanzlers durch einen Sozialdemokraten weder eine klare politische Linie noch Handlungsfähigkeit in der Regierung zustande kommt und daß die Bundesrepublik innen- und außenpolitisch weiter dahintreibt.

Diese Befürchtung hegt auch die Londoner TIMES:

- \* "Alle augenscheinlichen Zeichen verraten, daß die Mehrheit der
- \* Wähler das Vertrauen in die christlich-demokratische Partei und
- \* die Partei das Vertrauen in ihren Führer verloren hat. Aber da
- \* keiner der Rivalen Dr. Erhards eine Mehrheit auf sich vereinigen
- \* kann und Bundestagswahlen erst 1969 bevorstehen, ist eine lan-
- \* ge Ungewißheit fast unvermeidlich."

Nach einer Diskussion über die Rolle der Bundesrepublik in der Welt schließt die TIMES:

- \* "Jetzt ist die Hauptfrage, ob die Aufgabe, diese neue Rolle zu de-
- \* finieren, auf einen sozialdemokratischen Sieg im Jahre 1969 war-
- \* ten muß."

Ist ein weiterer Kommentar noch notwendig?

Sieben Tage...

... und trotzdem "volles Vertrauen" für Herr von Hassel

sp - Man ist geneigt, die jüngste Erklärung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zum Rücktrittsgesuch des Inspektors der Luftwaffe, Werner Panitzki, als einen schlechten Witz zu betrachten. Sieben Tage hat der noch antretende Bundesverteidigungsminister von Hassel dem noch antretenden Bundeskanzler Erhard verschwiegen, daß der Spitzenmann der Luftwaffe sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Und warum sieben Tage? Weil Herr von Hassel nach Kanada fliegen mußte und offenbar kein Mensch in seinem Ministerium Zeit hatte, im Auftrag des Ministers dem Bundeskanzler die Rücktrittsaussicht des Luftwaffeninspektors mitzuteilen. Wie bei uns in der Bundesrepublik "regiert" wird, ersieht man auch daraus, daß das CDU-Präsidium und das Bundeskabinett fast zur gleichen Zeit, da diese unmöglich einander bekannt wurde, dem Bundesverteidigungsminister ihr "volles Vertrauen" aussprachen.

Entweder verhöhnen die Herren sich untereinander oder sie halten das Volk für so dumm, daß sie glauben, sich a l l e s erlauben zu können. Vielleicht wird der Herr Bundespräsident demnächst mit sieben Tagen Verspätung erfahren, daß einige Kabinettsmitglieder ebenfalls ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Dann kann man sich an höchster Stelle damit entschuldigen, der Herr Bundeskanzler habe nach Skandinavien reisen müssen...

- + +

Immer noch nicht begriffen

sp - Noch vor kurzem haben Zeitungen, die der CDU nahe stehen, behauptet, "Schuld" daran, daß die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik nicht so recht funktioniert, sei die SPD. Sie - die SPD - lasse es an Härte und Deutlichkeit in der Darstellung ihrer Auffassungen fehlen. Nun hat es zwar nie an Härte gefehlt, aber das schrieb und sagte sich so schön, daß vielerorts der Unsinn nachgeschwätzt wurde. Denn verkündete Professor Erhard in einem Interview, er und seine CDU würden jetzt "die SPD ganz hart" angehen. Übrig geblieben sind von dieser Ankündigung einige schlechte Reden im NRW-Wahlkampf. Obwohl man gerade nach dem SPD-Sieg in NRW der CDU deutlich genug gesagt hatte, daß die Sozialdemokratie nicht auf Abruf bereit stehe, um die hektische Betriebsamkeit einer handlungsunfähigen Regierung durch Verfassungsänderungen abzudecken, schien man im Bundeskanzleramt und beim Vorstand der CDU immer noch nicht bemerkt zu haben, was das ist. Jetzt hat die SPD erneut mit unmißverständlicher Deutlichkeit gesagt, was sie davon hält, wenn man ihr zumutet, unbesenen Maßnahmen zu obliegen, die ein zerstrittenes Kabinett Erhard für Politik hält. Sofort läßt der beamtete Sprecher der Bundesregierung, dies sei undemokratisch, überschreite die Grenzen der demokratischen Fairneßregeln und füge dem deutschen Volk Schaden zu. - Professor Erhard und seine CDU scheinen noch immer nicht begriffen zu haben, daß sie auf einem angesägten Ast sitzen. Die Deutsche Sozialdemokratie, die über 50 Prozent der mündigen deutschen Bürger vertritt, ist nach wie vor zu einer vernünftigen Regelung der unser Volk bedrängenden aber von der Regierung Erhard nicht gelösten Probleme bereit. Sie spricht aber über diese Probleme mit Männern, die wissen, was sie wollen, und nicht mit Versagern.

+ + +

DE GAULLES AFRO-ASIATISCHE OPERATION

Politisches "Rentrée" in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das Ende der politischen Sommerferien erfolgt diesmal in Frankreich in besonders spektakulärer Weise. General de Gaulle beginnt das politische "Rentrée" - so nennt man in Frankreich den Beginn der Herbstsaison - mit einer Weltreise nach Afrika und Asien. Lauter denn je verkündet er sein weltpolitisches Konzept. Dazu wählt er Addis Abeba als Sitz der Afrikanischen Organisation und Phnom Penh, einige Kilometer von der vietnamesischen Grenze, als Hochburg eines stark französisch bzw. sowjetisch ausgerichteten "Neutralismus". Kaiser Haile Selassie und Fürst Sihanouk sind geeignete Gesprächspartner de Gaulles.

In Afrika und Asien werden de Gaulles Friedensworte in den Ländern der "Dritten Welt" zweifelloos starke Widerhall finden. Ob sie den Lauf der Kriegsgereignisse ändern oder auch nur beeinflussen können, ist eine andere Frage. De Gaulle ist es aber gewohnt, gegen den Strom zu schwimmen und als Rufer in der Wüste aufzutreten. Nach der Liquidierung des algerischen Abenteurers fühlt sich der Herr des Elysée auf internationaler Ebene immer mehr als Sprecher der "Enterbten" und Vorreiter gegen die "Hegemonier".

Dabei ist er aber selbst noch Gefangener alter Hegemonievorstellungen. Gerade seine gegenwärtige Reise ist hierfür eine klassische Demonstration. Er selbst wird das moralische Gewicht seiner Proklamation auf afrikanischem und asiatischem Boden entwerfen, wenn er einige Tage später in Ozeanien der Explosion einer "perfekten" französischen Atombombe höchstpersönlich beiwohnt. Der gaullistische Atompilz im Pazifik soll aller Welt beweisen, daß Frankreich mit den USA, der Sowjetunion Großbritannien und wahrscheinlich auch mit China zum "Konzert der atomaren Großmächte" gehört und somit in den entscheidenden Fragen der Weltpolitik "mitzureden" hat.

Zu gleicher Stunde hat auch die französische Opposition nobilgemacht. Im großen und ganzen hat sie die wesentlichen Züge der gegenwärtigen gaullistischen Außenpolitik - Reform des Atlantikpaktes, Entkolonialisierung, Vietnamfrieden aufgrund der Genfer Verträge 1954, aktive Entwicklungshilfe im Rahmen der UNO - schon lange vor de Gaulles Nachlargreifung vorgezeichnet, billigt aber nicht die vom Präsidenten gepflegten autoritären und dramatischen Akzente. Erst recht verwirft sie die atomaren Ambitionen und die damit verbundenen Ausgaben.

Wenn sich de Gaulle in afrikanischen und asiatischen Städten vom Jubel des Volkes umbrausen läßt, denkt er auch an die nächsten französischen Parlamentswahlen (spätestens im Frühjahr 1967). Seine Reisen nach Koeskau, Nowosibirsk, Addis Abeba und Phnom Penh sind selbstverständlich auch wichtige Wahlargumente der Französischen Regierungspartei in ihren Werben um Linksstimmen vor allem im kommunistischen Lager, auch wenn es bei der ersten Station von de Gaulles Weltreise einen offenen Aufruhr gegen Frankreich gab.

## Wiedersehen mit Rumänien (III und Schluß)

Ein Land im Aufbruch

Von Ludwig Metzger, MdB

### Stolz auf die Leistung

Die Rumänen sind ein fröhliches Volk, sagte mir der Leiter der Deutschen Handelsvertretung in Bukarest. Aufgrund meiner Erfahrungen komme ich zu dem gleichen Ergebnis. Jede freundliche Geste erwidern sie sofort. Ich habe nicht den Eindruck, daß die rumänischen Bauern sich bedrückt fühlen. Man darf nicht vergessen, daß es in Rumänien im letzten Jahrhundert einige blutig unterdrückte Bauernaufstände gab. Ich habe wiederholt beobachtet, wie Männer, Frauen und auch Kinder auf den großen, kollektiv bewirtschafteten Flächen in großer Zahl gearbeitet haben. Trotz drückender Sommerhitze herrschte ein heiteres Geplauder und gegenseitige Hilfsbereitschaft. Die Ernte im letzten Jahr war sehr gut; auch in diesem Jahr verspricht sie gut zu werden. Der Rumäne - auch der volksdeutsche Rumäne - liebt ein reichliches und ausgedehntes Mahl. Der volkstümliche Juika (Pflaumschnaps) und gute Weine helfen zu einem freien und offenen Gespräch. Wer sollte sich darüber wundern, daß das Volk auf seine Leistungen stolz ist? Offenbar ist es der kommunistischen Herrschaft gelungen, durch ihre Politik der nationalen Unabhängigkeit auch bei vielen Nichtkommunisten Sympathien zu erwerben.

### Rumänien und die Bundesrepublik

Daß ich bei vielen Gelegenheiten der Achtung vor der technischen und wirtschaftlichen Leistung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und vor der Arbeit seiner Repräsentanten in Rumänien selbst begegnet bin, habe ich schon erwähnt. Aber auch ganz allgemein kannte ich bei Politikern und bei Menschen aus dem Volk das Wohlwollen den Westdeutschen gegenüber wahrnehmen, obwohl immer wieder die sorgenvolle Frage nach dem Krieg kam. Man hat mit Erleichterung, wenn vielleicht auch nicht immer mit völliger Beruhigung, meine Versicherung entgegengenommen, daß niemand bei uns einen Krieg wolle oder darauf hinarbeite.

Das neue Wirtschaftsabkommen wurde allgemein begrüßt; die Erhöhung der Kontingente für einzelne Warengattungen sieht man als einen Erfolg an, bedauert allerdings, daß in bezug auf Waren der eisenschaffenden Industrie keine größeren Ausfuhrn nach der Bundesrepublik Deutschland möglich sind. Natürlich sieht man, daß unsere eigene Kapazität auf diesem Gebiet groß ist und daß es für uns wirtschaftlich schwer ist, hier erhöhte Einfuhren zu akzeptieren. Aber wir sollten nicht übersehen, daß wirtschaftliche Fragen zugleich politische Fragen sind und daß wir bereit sein sollten, um politischer Ziele willen auch wirtschaftliche Konzessionen in tragbarem Umfang in Kauf zu nehmen. Freundschaftliche Beziehungen zu den Rumänen sind aus den verschiedensten Gründen politisch erstrebenswert. Sie können uns eine große Hilfe sein in einer Neuorientierung unserer Politik gegenüber dem Osten. Ohne sie und eine Entspannung werden wir in der Frage der Wiedervereinigung nicht weiterkommen.

### Diplomatische Beziehungen?

In einer Unterredung, die ich mit dem Stellvertretenden Außenminister Malita hatte, kamen wir selbstverständlich auch auf das Problem diplomatischer Beziehungen zwischen unserem Land und Rumänien zu sprechen. Rumänien wünscht diplomatische Beziehungen. "Aber", meinte

Minister Malita mit etwas hintergründigem Lächeln: "die Bundesrepublik müßte an ihnen ein größeres Interesse haben als wir; denn alle westlichen Staaten sind bei uns vollgültig vertreten, nur die Bundesrepublik Deutschland ist nie in vollem Umfange präsent". Gegen dieses Argument läßt sich nicht viel sagen. Unsere Politik ist vielfach eine Politik der verpaßten Gelegenheiten gewesen. Ich weiß wohl, was die Bundesregierung zögern läßt, mit Rumänien diplomatische Beziehungen, die sie im Grunde genommen will, aufzunehmen. Aber es könnte uns passieren, daß wir auch diesmal wieder eine Chance vorübergehen lassen, für die wir, wenn wir sie erneut real werden lassen wollen, einen viel höheren Preis zahlen müßten als den gegenwärtigen, abgesehen davon, daß für uns die Zeit ein Faktor ist, der uns nicht gleichgültig sein kann.

### Offene Grenzen ?

Man kann heute in Rumänien vielen Reisenden, die aus der Bundesrepublik Deutschland kommen, begegnen. Es ist deutlich wahrnehmbar, daß Rumänien seine Grenzen für Herankommende geöffnet hat. Das hat sich auf die Fragen der Familienzusammenführung, die in bezug auf Verwandtschaften engeren Grades immer noch nicht voll durchgeführt ist, entspannend ausgewirkt. Minister Malita hat mir versichert, daß die Rot-Kreuz-Resolution Nr. 19 von Wien, an der auch das Rote Kreuz und die Regierung von Rumänien beteiligt sind und die die Aufhebung der willkürmäßigen Trennung engerer Verwandter vorsieht, loyal und zügig durchgeführt werden soll. Meiner Auffassung, daß es gut wäre, wenn die rumänische Grenze auch in umgekehrter Richtung stärker geöffnet werde, d.h. wenn Rumänen in zunehmendem Maße Länder des Westens besuchen könnten, hat er zugestimmt. Denn - auch darin waren wir uns einig - ein besseres Sich-Kennenlernen ist die Voraussetzung für eine bessere Politik. Was ich mit eigenen Augen im anderen Lande gesehen habe, kann mir nicht mehr durch tendenziöse Berichte entstellt oder verfälscht werden. Selbstverständlich gilt das für beide Seiten. Minister Malita glaubte in Aussicht stellen zu können, daß der Reiseverkehr auch von Ost nach West bald erleichtert werde.

### Block-Denken überwinden !

Von mancherlei Entwicklungen und Wandlungen habe ich berichtet. Sie wahrzunehmen und zu studieren ist eine wichtige politische Aufgabe. Viel Neues regt sich; das Block-Denken ist zum mindesten in der Differenzierung begriffen. Am 7. Mai dieses Jahres hat Nicolae Ceausescu zum 45. Jahrestag der Gründung der Rumänischen Kommunistischen Partei gesagt: "Das Bestehen der Blocks und die Entsendung von Truppen in andere Länder sind ein Anachronismus, der mit der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Völker, mit normalen zwischenstaatlichen Vereinbarungen unvereinbar ist. Immer breitere Kreise der öffentlichen Meinung und immer mehr Staaten bekunden die Tendenz, die Militärblocks zu beseitigen, die ausländischen Stützpunkte aufzulösen und die Truppen von den Gebieten anderer Länder abzuziehen".

Im Zusammenhang damit spricht er von der Schaffung eines wirklichen europäischen Sicherheitssystems. Entscheidend ist, daß das statische Denken durch die Bereitschaft abgelöst wird, neue Wege zu suchen. Ohne sie werden wir die deutsche Wiedervereinigung nicht erlangen.

## Die Bundeshaushalts-Lotterei

---

Zum Bundeshaushalt 1967

sp - Was lange währt, wird nicht immer zugleich auch gut. Sprichwörter und Sprüche sind in der Wirtschafts- und Finanzpolitik kein Ersatz für unterlassenes Handeln. Das zeigt sich - unter anderem - erneut bei den Vorgängen um die Feststellung des Bundesetats 1967 durch die Bundesregierung.

Nach geltendem Haushaltsrecht hätte das Kabinett schon vor Monaten darüber befinden müssen, was an Einnahmen und Ausgaben im Budget des Bundes für 1967 eingestellt werden soll. Trotz der von Jahr zu Jahr wachsenden Kritik verantwortungsbewusster Finanz- und Wirtschaftsexperten ist die ständige Verschleppung der Etatvorlage durch den Kanzler und seine Regierung zur Methode geworden.

Bereits im April - und nicht, wie offiziell behauptet, erst durch den Kabinettsbeschluß vom 25. Juli - wurden die Bundesminister Dailgrün, Schmücker, Katzer, Stoltenberg und Niederalt mit der Schwierigkeit konfrontiert, den Haushaltsentwurf 1967 rechtzeitig und konjunkturgerecht zu verabschieden. Sie begannen vor fünf Monaten insgeheim - was ihnen später den Titel "Streichquintett" und der Öffentlichkeit größtes Unbehagen bescherte - ihren Versuch, den Haushalt wenigstens im Rohbau fertigzustellen. Zeitliche Konsequenz: Erst Ende Oktober kann der Bundesrat die Etatvorlage behandeln. Die Termine der abschließenden parlamentarischen Prozedur bleiben offen.

Soviel zur e r s t e n Unterlassungssünde der Bundesregierung in Sachen Haushalt. Ihre z w e i t e Unterlassungssünde ist ebensowenig verzeihlich: Seit Jahren werden mit System und Tradition alle ökonomischen Regeln "vergessen", die im Lehrbuch des öffentlichen Finanzgebarens als einfach zu begreifende Orientierungshilfen verzeichnet sind. Insbesondere mißachtet die Regierung den Grundsatz, daß die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen dürfen und durch ordentliche Einkünfte gedeckt sein müssen. Und sie setzt sich über die Empfehlung hinweg, daß das Haushaltswachstum sich an die Grenzen der Ausweitung des realen Brutto-Sozialprodukts zu halten

habe. Das forderte unter anderem - und vergeblich - auch der Sachverständigenrat, der seit 1964 die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung begutachtet.

Im März 1966 stand Bonn vor einem die 30 Milliarden DM-Höhe übersteigenden Schuldenberg und vor Etatenforderungen der Ministerressorts im Gesamtumfang von mehr als 83 Mrd. DM (Ein interessanter Rückbezug: Noch 1953/54 lag das Haushaltsvolumen unter der 25 Milliarden DM-Grenze). Die Dokumentationen der konjunkturfeindlicher, Bonner Fiskalpolitik füllen Pände und Bibliotheken. In wahrhaft letzter Minute hat Professor Erhard das "Streichquintett" mobilisiert, um mit einer Roßkur ungleich den Ministern das Sparen und dem Volk das Gruseln beizubringen. Opfer (der Steuerzahler) sollten gebracht, der Etat radikal um 7,5 Mrd. DM gesenkt werden.

Herausgekommen ist dabei - laut Bericht des Finanzministers über die Marathon-Kabinettsitzung vom 26. August -: Der Bundeshaushalt wird 1967 ein Volumen von 73,9 Mrd. DM haben. Das sind genau 5 Mrd. DM oder 7 v.H. mehr als im Jahr zuvor. Der inflationäre Trend der öffentlichen Ausgaben dürfte damit nicht aufgefangen sein, denn ihre Zunahme liegt um rund 3 v.H. über dem geschätzten Wachstum des Brutto-Sozialprodukts.

Glück und Elend des neuen Stats scheinen zufallsbedingt sich zu verteilen. Es gewinnen beispielsweise die Rüstung 1,2 Mrd. und die Kriegsoffer 0,6 Mrd. DM. Es verlieren der soziale Wohnungsbau und die motorisierten Arbeitnehmer. Die Landwirtschaft und Westberlin erhalten den Status quo. "Glück" haben auch Wissenschaft und Forschung, die Entwicklungsländer und der Steinkohlenbergbau. Pech dagegen die Empfänger von Ausbildungsbeihilfen und Wohngeld. Grobe Unklarheiten aber bleiben bei wichtigsten Etatposten weiterhin bestehen, nämlich bei: Prämien- oder Steuerbegünstigung des Bau- und Kontersparens, zusätzliche Hilfen für die Stahlindustrie, "sonstige" Steuervergünstigungen und Subventionen. Das sind Milliarden-DM-Beträge, die sich noch inner der Haushaltsrechnung und den Existenz-wichtigen Kalkulationen der Betroffenen entziehen.

Es kommt die d r i t t e Unterlassungssünde der Bundesregierung hinzu. Selbst dieser vorgebliche "Spar-Stat" steht auf tönernen Füßen. Sein Ausgleich setzt - neben anderen Unwägbarkeiten - einen Verzicht der Länder auf jenen vier-prozentigen Anteil an der Körperschafts- und Einkommensteuer voraus, auf den sie nach dem Grundgesetz ab 1. Januar 1967 wieder einen Anspruch haben. Somit rotieren weitere 2 Mrd. DM unentschieden in der Bundeshaushalts-Lotterie. Dies ist unmittelbar eine Folge des jahrelangen Hinauszögerns der großen Finanzreform. Das "Streichquintett" hat auch nicht - wie vom Bundeskanzler versprochen - der Entwurf einer mittelfristigen Finanzplanung vorgelegt. Weitere folgenschwere Versäumnisse "liegen in der Luft". Denn ein nur provisorisch zusammengestrichener Haushalt allein ist noch längst keine Rückkehr zu ordentlicher und konjunkturgerechter Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Für den 2. September haben die Sozialdemokraten deshalb eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes, des Fraktionsvorstandes, der SED-Regierungschefs in den Ländern und führender SED-Kommunalpolitiker anberaumt. In ihr werden die Sozialdemokraten der langen Liste regierungsseitiger Versäumnisse einen eigenen konstruktiven Beitrag zur Sicherung der Währung, Gesundung der öffentlichen Finanzen und zur Gewährleistung des wirtschaftlichen Wachstums entgegensetzen. H.H.